



POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY FEB 10, 2018

Versandt am 6.2.18  
Einzelpreis US\$3.00



# W NORDAMERIKANISCHE WOCHEN-POST

164th Year - No. 2359061 • Sunday, February 4 - Saturday, February 10, 2018



**Fußgänger, die auf Smartphones starren: Todesgefahr Straßenbahn**  
Seite 3



**Warum Beziehungen im Alter ganz anders sein können**  
Seite 5



Seiten  
7, 8 & 15

**NACHRICHTEN - Kompakt**

**Frau erleidet bei Fastnachtsumzug schwere Verbrühungen**

**Eppingen (dpa).** Bei einem Fastnachtsumzug in Baden-Württemberg ist eine junge Zuschauerin an einem Hexenkessel schwer an den Beinen verbrüht worden. Die 18-Jährige sei am Samstag in Eppingen in eine Gruppe von Hexen hineingezogen worden, sagte ein Polizeisprecher. Die junge Frau sei von den Hexen über einen Kessel mit brühend heißem Wasser gehalten worden und dann bis zu den Kniekehlen hineingeraten. Zunächst hatte die Polizei davon gesprochen, dass die Zuschauerin in den Kessel „geworfen“ worden sei. Sie trug laut Polizei schwere Verbrühungen davon und wird in einer Spezialklinik behandelt.

**Kriminalbeamtenverband fordert ein Ende des Cannabis-Verbots**

**Berlin (dpa).** Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hat ein Ende des Cannabis-Verbots gefordert, um Haschisch-Konsumenten zu „entkriminalisieren“. BDK-Chef André Schulz sagte der „Bild“-Zeitung: „Die Prohibition von Cannabis ist historisch betrachtet willkürlich erfolgt und bis heute weder intelligent noch zielführend. Es gab in der Menschheitsgeschichte noch nie eine Gesellschaft ohne Drogenkonsum, das muss man schlicht akzeptieren.“ Der BDK setze sich daher für eine „komplette Entkriminalisierung von Cannabis-Konsumenten“ ein.

**Rentner hält Polizistin für Betrügerin und schießt**

**Glashütten (dpa)** - Ein 90-Jähriger in Hessen hat eine Polizistin für eine Betrügerin gehalten und mit einem Gewehr auf sie geschossen. Dabei erlitt die Beamtin ein Knalltrauma, wie die Polizei am frühen Montagmorgen mitteilte. Der Rentner war am Sonntag in Glashütten im Hochtaunuskreis Betrügern auf den Leim gegangen, die sich als Polizeibeamte ausgegeben hatten. Die Unbekannten hatten ihm vorgemacht, sein Geld sei in Gefahr und die Polizei wolle sein Vermögen schützen. Dazu wurde er aufgefordert, mehrere tausend Euro vor der Haustür abzulegen, welches die Betrüger abholten. Die falschen Polizeibeamten hatten vorgegeben, ihn von der Nummer des Notrufs anzurufen. Als er diese Nummer anrief, um Rückfragen zu klären, geriet er an die echten Beamten. Eine vorbeigeschickte Streife hielt er für falsch und schoss auf die Beamtin.

**Weder Kölsch noch Alt: Neues Bier für Kölner und Düsseldorfer**

**Düsseldorf (dpa)** - An Karneval soll es erstmals ausgeschenkt werden, das neue Einheitsbier für das Rheinland: Költ. Was sprachlich und farblich eine Mischung aus Kölsch und Alt ist, ist inhaltlich aber eine ganz neue Kreation. Während die drei Erfinder des Biers - Hans Berlin, Matthias Ross und Henning Barkey - noch nach einer Brauerei suchen, die die Flaschenabfüllung übernimmt, sollen die ersten 800 Liter Költ bereits am Donnerstag zum Altweiberkarneval in Monheim fließen, der Stadt auf der Biergrenze zwischen Köln und Düsseldorf. Költ sei ein Craft-Bier - also echte Handarbeit, sagt Berlin. Für das Bier-Start-up haben die Macher ihr Startkapital im Internet per Crowdfunding-Kampagne eingesammelt. Mehr als 20 000 Euro kamen zusammen. Das obergärige, bernsteinfarbene Getränk soll helfen, die rheinische Rivalität zwischen Köln und Düsseldorf zu überbrücken.

**Ministerpräsident empfängt hessische Tollitäten**



**Kinder Prinz Stefano richtet Kinderprinzessin Patricia von der Turngesellschaft Offenbach vor dem Empfang das Krönchen. Der Hessische Ministerpräsident hat gemeinsam mit seiner Frau die hessischen Kinder- und Prinzenpaare stellvertretend für alle Fastnachter und Karnevalisten zu einem Empfang in das Schloss Biebrich eingeladen.**  
Foto: dpa

## Willen zur Einigung im Finale der Koalitionsverhandlungen

**Berlin (dpa)** - Union und SPD sind die offenen Streitpunkte im Finale ihrer Koalitionsverhandlungen mit großem Einigungswillen angegangen. Bis zum Schluss hakte es jedoch bei einer Strategie zur Vermeidung sachgrundloser Befristungen für Jobs, unter denen viele jüngere, gering qualifizierte oder ausländische Arbeitnehmer leiden. Weiteres zentrales Konfliktthema blieb die Gesundheitspolitik. Hier sucht die SPD einen Weg aus der „Zwei-Klassen-Medizin“. Unterdessen lehnt nach einer neuen Umfrage eine Mehrheit den Einzug von SPD-Chef Martin Schulz in ein neues Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ab.

Die Spitzenrunde der 15 Unterhändler um CDU-Chefin Merkel, Schulz und den CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer begann am Montagmittag mit den entscheidenden Verhandlungen zu den Themen Arbeitsmarkt und Gesundheit. Zuvor gab es stundenlange Beratungen sowohl zwischen den Parteichefs als auch mit der in den Verhandlungen für die Arbeitsmarktthemen zuständigen SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles. Das Thema sachgrundlose Befristungen war bereits am Sonntagabend ohne Ergebnis angesprochen worden.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt

rechnete bereits vor Beginn der Gespräche mit einer schwierigen Endphase. «Der Wille ist da, ich glaube von allen Seiten. Aber die Hürden sind auch noch groß», sagte er. «Da kann das Ganze heute gelingen oder nochmal schwierig werden.» Saar-Regierungschefin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) sagte auf die Frage, ob man am Montag fertig werde: «Wenn es nach mir geht, ja.» Familienministerin Katarina Barley (SPD) sagte im Sender «SWR2», der Wille zur Einigung sei auf beiden Seiten da. Aber «solange wir nicht ganz bis zu Ende sind, ist eben noch kein Haken dran». Merkel und Seehofer erwarteten zumindest eine neuerliche Nachtsitzung.

CDU, CSU und SPD hatten die Zahl der strittigen Punkte zuletzt weiter reduziert. Teilweise in Nacharbeit und seit dem frühen Morgen seien einige offene Fragen geklärt worden, hieß es aus Verhandlungskreisen. Die Steuerungsgruppe habe an der Formulierung des Koalitionsvertrags gearbeitet und Dopplungen beseitigt. Nach dem Verhandlungstag am Sonntag sei der Text aktualisiert, die erzielten Einigungen seien eingearbeitet worden.

Auch über das Europa-Kapitel wurde demnach inzwischen eine endgültige

Einigung erzielt. Am Montagmittag gab es dem Vernehmen nach noch etwa 15 kleinere offene Punkte und drei große Streitthemen, hieß es weiter: neben Gesundheit und Arbeitsverträgen noch übergeordnet die Finanzen. Jetzt gehe es «ans Eingemachte», hieß es kurz vor dem geplanten Beginn der Beratungen der Chef-Unterhändler beider Seiten.

Nach einem inoffiziellen Szenario könnten die Chefs von Union und SPD den Koalitionsvertrag an diesem Dienstag um 9.00 Uhr vorläufig abzeichnen und dann den Parteigremien und Fraktionen vorstellen. Allerdings gibt es je nach Verlauf der Verhandlungen mehrere Varianten des zeitlichen Ablaufs. Der fertige Koalitionsvertrag könnte von den drei Parteichefs am Dienstagvormittag der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Anschließend stimmen die SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag ab, was mehrere Wochen dauern soll. Eine Option könnte sein, die Briefwahlunterlagen am Wochenende 3./4. März auszuzählen und das Ergebnis zu verkünden.

Die Mehrheit der Deutschen lehnt nach einer Umfrage einen Einzug von SPD-Chef Schulz als Minister ins Kabinett der geplanten großen Koalition ab. 54 Prozent seien gegen ein Ministeramt für

Schulz, 36 Prozent würden es befürworten, wie das Forsa-Institut mitteilte. Auch SPD-Anhänger seien der Umfrage für das RTL/n-tv-Trendbarometer zufolge mehrheitlich dagegen, dass Schulz in einer großen Koalition ein Ministerium übernimmt, mit 47 gegen 44 Prozent. Innerhalb der SPD gilt Schulz aufgrund seines Schlingerkurses in Sachen großer Koalition als schwer angeschlagen.

61 Prozent der Befragten befürworteten, dass Sigmar Gabriel Außenminister bleibt. Dieser Auffassung seien auch 70 Prozent der Unions-Anhänger und 71 Prozent der SPD-Anhänger. Nur 10 Prozent wünschten, dass Schulz Chef des Auswärtigen Amtes wird.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Axel Schäfer forderte die Parteispitze auf, die Namen möglicher Minister rasch offenzulegen. «Die SPD sollte, sobald der Koalitionsvertrag vorliegt, klarmachen, wer für uns als Minister ins Kabinett gehen soll», sagte er der «Welt» (Dienstag). In der Partei sei das Bedürfnis an Transparenz sehr groß. Der SPD-Abgeordnete Thomas Hitschler dagegen sagte der Zeitung: «Unsere Mitglieder wählen nicht „Germany's Next Top Minister“, sondern entscheiden über sozialdemokratische Inhalte.»

**UNSERE ADRESSE**

Phone: 586.486.5496

N.A. Wochen-Post  
12200 E 13 Mile Rd, Ste. 140  
Warren, MI 48093

info@wochenpostusa.com  
www.wochenpostusa.com



Bestell-Coupon  
Seite 2